

„Relikte einer alten Zeit“

(E&W 2/2012, Seite 34 f.: „40. Jahrestag Radikalenerlass“)

In Frankreich und Italien sitzen Abgeordnete der Kommunistischen Partei im Parlament oder waren an der Regierung beteiligt. In Deutschland hat die SPD dafür gesorgt, dass selbst ein kommunistischer Postbote oder Lehrer undenkbar war. Der „Radikalenerlass“ machte es möglich. In Frankreich gibt es eine kommunistische Gewerkschaft. In Deutschland gibt es zumindest in der IG Metall „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gegen linke und marxistische Mitglieder. Immer noch werden linke Kollegen ausgeschlossen und als Gewerkschaftsfeinde behandelt. Unvereinbarkeitsbeschlüsse und „Radikalenerlass“ sind Relikte einer alten Zeit und gehören abgeschafft.

Wolfgang Axtmann, Bruchsal



„GEW macht mich zornig“

(E&W 2/2012, „Auf ein Wort“: Recht auf einen Krippenplatz)

Seit meinem Studium bin ich GEW-Mitglied, inzwischen 40 Jahre. Während dieser Zeit dachte ich oft darüber nach, die Mitgliedschaft zu kündigen. Nicht, weil ich mit der GEW nicht einverstanden gewesen wäre, ich war selbst etliche Jahre Vertrauensfrau in meinen Kollegien. Vor 20 Jahren, als ich zu einer Vertrauensleute-Schulung mein viertes Kind als kleinen Säugling mit dabei hatte, fragte mich ein Kollege, wie ich es denn als Mutter von vier Kindern schaffe, auch noch Vertrauensfrau zu sein. Ob er auch Kinder habe, fragte ich zurück, er hatte drei. Wie er das wohl schaffe? Zurück zur Überlegung, die Mitgliedschaft zu kündigen: Wir hatten vier Kinder, und wir erlaubten uns, unseren Kindern daheim ein Nest zu bieten, in dem sie leben, spielen, lernen und wachsen konnten. Die GEW stelle sich das mal vor: Wir haben es uns geleistet, dass nur ein Ehepartner – in unserem Fall die Mutter – erwerbstätig war, aber keine Sorge: Wir wurden nicht dafür belohnt, dass ich als Lehrerin keinen einzi-

gen Tag zu Hause bleiben musste, wenn ein Kind krank war. 14 Jahre lang war mein Mann Familienarbeiter. Ich hätte nicht geklagt, denn dieses Leben haben wir gewählt. Dennoch: Manchmal hätten wir eine gewerkschaftliche Unterstützung gut gebrauchen können, und deshalb macht es mich zornig, wenn die GEW von „Herdrämie“ spricht. Stattdessen wünsche ich mir, dass „meine“ Gewerkschaft sich stark dafür macht, dass Eltern so lange wie möglich für ihre Kinder da sein können.

Edith Sehn-Wörner (per E-Mail)

„Kein Wort über Alternativen“

(E&W 2/2012, Seite 43: Leserbrief „Euro-Propagandablatt“)

R. Holsten spricht meines Erachtens zu Recht von Euro-Propaganda, was den Umgang der E&W-Redaktion mit dieser verfehlten und chancenlosen Kunstwährung angeht. Kein Wort über Alternativen, die es selbstverständlich gibt. Die Berliner Tageszeitung (taz) ist hier sachlich und intellektuell fitter! Kein Wort auch darüber, dass Griechenland unter den bestehenden Bedingungen niemals aus dem Schuldensumpf herauskommen kann, ohne die – dann abgewertete – Drachme wiedereinzuführen, die wieder seriöse Kreditaufnahmen ermöglichen könnte; kein Wort über die fragwürdige Rolle der Banken in den weniger (!) kranken Volkswirtschaften Deutschlands, Frankreichs oder Finnlands, die von der griechischen Krise profitieren!

Jürgen Schütze, Krefeld

„Brüche der Rechtsordnung“

(E&W 3/2012, Seite 32: „Pragmatismus statt Provokation“)

Die Autorinnen Katja Irlé und Canan Topçu werden der Grundrechtslogik nicht gerecht. Verfassungssystematisch können Gebete allein im (deswegen nur freiwilligen) Religionsunterricht (Art. 7 III gleich lex specialis [gesetzliche Regelung zum Religionsunterricht] gegenüber Art. 4 II Grundgesetz [Religionsfreiheit]) gesprochen werden.



Nur so ist der „allgemeine Schulfrieden“ bzw. der „möglichst störungsfreie Unterricht zu garantieren. Diese Rechtssicherheit ist nur über solch eine allgemeine Regel zu gewährleisten. Ein von Fall zu Fall „pragmatischer“ Opportunismus provoziert weitere Brüche der Rechtsordnung.

Hagen Weiler, Göttingen

Vgl. Hagen Weiler: Erziehung ohne Indoktrination! Grundrechte wissenschaftlicher Bildung an öffentlichen Schulen. Göttingen 2005

Selbsteinschätzung falsch

(E&W 3/2012, Seite 40: „Autonomie verpflichtet“)

Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden meist nicht über ihre Zukunftsperspektiven im Unklaren gelassen. Vielmehr schätzen sie sich selber oft falsch ein auf dem kleinen und hart umkämpften Wissenschaftsmarkt. Ich wage diese These nach über 20 Jahren Berufserfahrung als Personalleiter einer größeren Universität. Die Möglichkeiten, wissenschaftliche Mitarbeiter zu beschäftigen, wurden während dieser Zeit erweitert, insbesondere durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (s. E&W 2/2012). Die Qualifizierungsphase ist ausreichend lang bemessen, allerdings vorausgesetzt, dass sowohl die betreuenden Hochschullehrkräfte als auch der wissenschaftliche Nachwuchs ausreichend Zeit dafür investieren können.

Nach sechs Jahren bis zur Promotion und weiteren sechs bis zur Habilitation wäre eine echte Drittmittelbeschäftigung grundsätzlich möglich oder eine Zeitbeamten-Ernennung.

Würden jetzt mehr Wissenschaftler auf Dauer übernommen, fehlten künftig Stellen, um Jüngere weiterzuqualifizieren. Aus diesem Grund ist die in Baden-Württemberg geltende Regel vernünftig, dass nicht mehr als 25 Prozent der wissenschaftlichen Haushaltsplanstellen dauerhaft besetzt werden dürfen.

Horst Maikranz, Teningen

„Dank für Hinweis“

(E&W 3/2012, Seite 26: „Stärker an Alltagserfahrungen anknüpfen“)

Danke für das Interview und den berechtigten Hinweis, alltägliche Erfahrungen junger Menschen zu nutzen, um die Ge-